

Richard B. Freeman

Arbeitskräfte, Kapital und sozialer Schutz: Vorbereitungen auf das 21. Jahrhundert*

Prof. Dr. Richard B. Freeman ist Direktor des National Bureau of Economic Research/Labor Studies Programme in Cambridge/Mass. sowie Executive Director des Forschungsbereichs „Discontinuous Economics“ an der London School of Economics.

Erfordern die anhaltenden wirtschaftlichen Trends mehr oder weniger sozialen Schutz beziehungsweise eine Einkommensumverteilung von den Wohlhabenden zu den Armen? Machen diese Trends es schwerer oder leichter, den sozialen Schutz der Bürger zu finanzieren und den sozialen Konsens zu entwickeln, der für solch eine Umverteilungspolitik notwendig ist? Schafft die Europäische Union es, durch ein Herumbasteln an den europäischen Sozialstaaten die Haushaltsdefizite zu senken und gleichzeitig Europas einzigartige Form des Kapitalismus - das europäische Modell - in

* Vorabdruck eines Aufsatzes, der in Kürze in englischer Fassung in dem vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (EGI) herausgegebenen Band „Social Protection in Europe“ erscheint, in dem die Ergebnisse der gleichnamigen EGI-Tagung von November 1996 dokumentiert werden (eine dt. Fassung folgt im Herbst 1997 im SP- Verlag).

absehbarer Zukunft aufrechtzuerhalten? Oder benötigen wir eine neue Sozialpolitik-Wenn ja, wie sollte eine solche Politik aussehen?

In diesem Aufsatz geht es darum, wie die Zukunft des sozialen Schutzes in seiner speziellen sozialstaatlichen Ausprägung und eine Umverteilungspolitik unter den Bedingungen der Wirtschaft im 21. Jahrhundert aussehen könnte. Ich glaube, daß die anhaltenden Wirtschaftstrends zu einem größeren Bedarf an sozialem Schutz und an Umverteilung führen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Gleichzeitig schränken meiner Meinung nach diese die nationalen Möglichkeiten und die Bereitschaft ein, diesen Schutz zu finanzieren. Wenn es nicht zu einer schweren Rezession kommt, dürften behutsame Eingriffe in den Sozialstaat die gegenwärtigen Finanzprobleme lösen. Ich befürchte allerdings eher eine lang anhaltende Aushöhlung des sozialen Schutzes, was bedeutet, daß wir eine neue Sozialpolitik benötigen, um die Vorteile der Umverteilung und den Schutz durch den Sozialstaat auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Meine Vision einer neuen Politik ist theoretischer Natur. Es handelt sich dabei um Denkanstöße, die einige vielleicht unausgegoren, unverdaulich oder - noch schlimmer - für einen ungesunden Hamburger aus einem jener Fast-Food-Restaurants halten, in denen, wie wir wissen, alle Amerikaner arbeiten oder essen. Ich bin davon überzeugt, daß die Sozialpolitik der nächsten Epoche des Kapitalismus die Form einer vermögensgestützten Umverteilung annehmen sollte, die das Eigentum an Kapital an die Stelle einer durch Steuern finanzierten Umverteilung zum wesentlichen Element für den Schutz der Armen macht.

Der Sozialstaat ist in Schwierigkeiten

Der Sozialstaat ist, nach Erfolgen in einer Zeit schnellen Wachstums und niedriger Arbeitslosigkeit, in der das Verhältnis zwischen steuerzahlenden Beschäftigten und Empfängern bestimmter Leistungen (Rentner, Arbeitslose) ausgeglichen war, überall in der entwickelten Welt in Schwierigkeit geraten.

Die Finanzierung der Sozialleistungen und des sozialen Schutzes ist kritisch geworden, da die meisten Länder versuchen, ihre hohen Haushaltsdefizite abzubauen. Gezielte Kürzungen in Bereichen, wo die wirtschaftlichen Kosten den Nutzen übersteigen, können dabei helfen, aber es gibt auch Kürzungen, die das soziale Sicherheitsnetz schwächen. Dabei wirft die Unfähigkeit Europas, die Beschäftigung zu erhöhen, die Frage auf, ob der Sozialstaat die Lösung oder ein Teil der Ursachen der Wirtschaftsprobleme ist. Es waren die Konservativen, die sich erfolgreich für eine marktorientierte Politik stark machten, während die Linke sich dieser Argumentation entweder anschloß oder den Status quo verteidigte, ohne allerdings ihrerseits kreative alternative Lösungen anzubieten. Die Folge war, daß das Wort „Reform“ in der öffentlichen Diskussion nicht mehr bedeutet, die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus zu beheben, um denen zu helfen, die Schwierig-

keiten auf dem Markt haben. Statt dessen geht es nur noch darum, die Ungerechtigkeiten und Ineffizienz des Sozialstaates abzubauen.

Viele sozialstaatliche Leistungen sind immer noch sehr populär, aber selbst in Ländern, in denen viel über ihre Kürzung geredet wird, wie im von Thatcher geprägten Vereinigten Königreich oder in den USA, wird nichts so heiß gegessen wie es gekocht wird. Das führende kapitalistische Land, die USA, das am wenigsten in die Marktkräfte „eingreift“, hat in allen Bereichen, ausgenommen die Hilfen für arme ältere Menschen, die auf einer Bedürftigkeitsbewertung basierenden Sozialleistungen gekürzt und ein staatliches Sozialsystem entwickelt, das in den Bundesstaaten die Gefahr des Sozialdumpings heraufbeschwört. Gleichzeitig hat das Land es unterlassen, in einer Zeit, in der die Zahl der durch eine private Versicherung geschützten Menschen abnimmt, ein staatliches Versicherungssystem aufzubauen. Mehrere europäische Länder haben versucht, die Sozialleistungen abzubauen und den sozialen Schutz zu begrenzen. Die Gewerkschaften in Frankreich, Italien und Deutschland haben mit unterschiedlichem Erfolg für den Erhalt des Erreichten gekämpft oder versucht, die Kürzungen in Grenzen zu halten. Durch die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages für die Einführung der gemeinsamen Währung entsteht ein zusätzlicher Druck auf die meisten Länder, die Sozialausgaben noch weiter zu kürzen. Zur gleichen Zeit haben die Befürworter eines starken Sozialstaates ihr bestes Aushängeschild, Schweden, verloren. Selbst wenn Analytiker wie Assar Lindbeck sich irren, indem sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Schwedens auf einen aufgeblähten Sozialstaat zurückführen, so hat der wirtschaftliche Niedergang den starken Sozialstaat zurechtgestutzt. Heute empfehlen nicht mehr die Linken, sondern die Rechten, man solle nach Schweden blicken.

Wirtschaftstrends schaffen einen größeren Bedarf an Sozialversicherung

Wenn die Markttrends die Ungleichheiten beseitigen und zu einem größeren sozialen Schutz durch den Privatsektor führen würden, würden wir alle dies begrüßen. Marktergebnisse, die allen Bürgern dienen, sind einem von der Politik festgelegten soziale Schutz und Umverteilungstransfers vorzuziehen. Der Trend geht aber in die entgegengesetzte Richtung, d. h. hin zu mehr Ungleichheit und wirtschaftlicher Unsicherheit. In den USA und in Großbritannien, zwei der am meisten marktorientierten Volkswirtschaften der Welt, haben die hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeitskräfte ihren Vorsprung bei Verdienst und Einkommen gegenüber den weniger qualifizierten Arbeitskräften mit niedrigem Einkommen vergrößert. Das soziale Gefälle ist auf ein Niveau gestiegen, das es in den USA seit fünfzig Jahren und in Großbritannien seit dem vergangenen Jahrhundert nicht mehr gegeben hat. Die Realeinkommen und private Renten- und Gesundheitsversicherungsleistungen sind bei den Beziehern niedriger Einkommen in den USA drastisch gesunken. Die wirtschaftliche Unsicherheit ist in beiden Ländern gestiegen, selbst wenn die Gesamtbeschäftigung hoch ist. Keines der beiden

Länder hat nach dem Niedergang der Massenproduktion, des auf der Fabrikproduktion basierenden Kapitalismus, genügend Arbeitsplätze mit angemessenem Lohn für weniger qualifizierte Beschäftigte geschaffen. In anderen Ländern, dazu gehören vor allem Neuseeland und Italien, in denen staatliche Eingriffe in die Lohnsetzung gering sind, um die Marktkräfte zu fördern, ist das soziale Gefälle ebenfalls drastisch gestiegen. Die EU-Länder, die eine relativ gleichmäßige Lohnstruktur aufrechterhielten, leiden an hoher Arbeitslosigkeit (Norwegen - das allerdings nicht Mitglied der EU ist - bildet eine Ausnahme).

Viele Faktoren haben zu der Kehrtwende auf dem Markt beigetragen. Der zunehmende Handel mit den am wenigsten entwickelten Niedriglohnländern hat die Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitskräften in den entwickelten Ländern gesenkt. Ein offeneres Welthandelssystem hat die Zahl der Konkurrenten oder potentiellen Konkurrenten erhöht, wodurch die Nachfrage nach Arbeitskräften elastischer wurde. Ist die Nachfrage elastischer, führen Schwankungen hier zu mehr Beschäftigungsinstabilität bei gleichzeitig weiter existierenden niedrigen Löhnen. Die Privatisierung von Teilen des früher öffentlichen Sektors hat viele einst sichere Arbeitsplätze in wenige unsichere Arbeitsplätze verwandelt, während gleichzeitig ein beträchtlicher Teil der Gewinne bei Spitzenmanagern und Aktionären landet. Die Deregulierung anderer - privater - Bereiche hat außerdem zu weniger stabilen Produktmärkten mit größeren Beschäftigungsrisiken für die Arbeitnehmer geführt. Die multinationale Produktion hat die Verhandlungsmacht zum Kapital hin verlagert, indem sie es den Arbeitgebern erlaubte, die Produktion in andere Länder zu verlagern oder mit deren Verlagerung zu drohen. Schwankende Wechselkurse, hervorgerufen durch Spekulation und kurzfristige Finanzerwägungen, haben Arbeitsplätze, die vom Handel mit Gütern abhängen, prekärer gemacht.

Folge all dieser Entwicklungen sind im Unterschied zur Vergangenheit größere Schwankungen, was die Nachfrage nach Arbeitskräften angeht. Gleichzeitig wird von den Arbeitskräften eine höhere Flexibilität erwartet. Das bedeutet für die Arbeitnehmer einen unsichereren Arbeitsmarkt und erfordert dementsprechend eine bessere soziale Absicherung als früher. Wenn auch die Befürworter flexibler Arbeitsmärkte dies nicht gern zugeben, so führt mehr Flexibilität doch zu einem gesteigerten Bedarf an sozialem Schutz in einer unbeständiger werdenden Welt.

Eine zweite Konsequenz dieser Entwicklungen ist eine im Vergleich zur Vergangenheit größere, durch den Markt bestimmte Ungleichheit in der Entlohnung. Die Befürworter einer marktgestützten Lohnfestsetzung verschweigen oft, daß, wenn wir den Lebensstandard der weniger qualifizierten Arbeitskräfte sowie eine einigermaßen gleichmäßige Einkommensverteilung auf einem Markt aufrechterhalten wollen, dessen Verlierer die weniger qualifizierten Arbeitskräfte sind, die Umverteilung außerhalb des Marktes

größer sein muß als in der Vergangenheit (Die andere Lösung wäre, eine völlig neue Sozialpolitik zu entwickeln).

Der andere wichtige Trend auf dem Arbeitsmarkt, durch den unsere Gesellschaften verändert werden, ist die steigende Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. Grund dafür ist das Wachstum des Dienstleistungsbereiches, die Öffnung der traditionellen Männerberufe und die Zunahme der Arbeitsplätze im Büro-, Sekretariats- und Verkaufsbereich.

Man hätte erwarten können, daß eine größere Beschäftigung von Frauen den Bedarf an sozialem Schutz senkt, weil die Fähigkeit der Familien, sich zu versichern, dadurch größer wird, aber in den USA und in Großbritannien war das Gegenteil der Fall. Dadurch wurde die Ungleichheit durch die Spaltung der Gesellschaft in wohlhabende Familien mit zwei Einkommen, in denen Mann und Frau gut ausgebildet sind, und Familien mit nur einem Einkommen, bestehend aus alleinerziehenden Müttern und schlecht ausgebildeten Männern, die von ihren Familien getrennt leben, noch verstärkt. Selbst in Familien mit zwei Einkommen erfordert die Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt immer mehr soziale Unterstützungsmaßnahmen (in Form von Kinderunterbringungsmöglichkeiten, Elternurlaub usw.) und institutionelle Reformen (zeitliche Planung der Schultage, Ausgleichsmaßnahmen usw.).

Der Arbeitsmarkt kann sich natürlich ganz anders entwickeln. Wirtschaftswissenschaftler sind keine Wahrsager mit einer Glaskugel. Ich kann mir jedoch keine Welt vorstellen, in der der Dienstleistungsbereich zugunsten der Schwerindustrie abnimmt, wodurch die Massenproduktion und der von Männern beherrschte Kapitalismus wieder zum Leben erweckt würden. Einige, die spekulativer denken als ich, erwarten genau das Gegenteil, nämlich eine Verringerung in der Nachfrage nach Arbeitskräften aufgrund der fortgeschrittenen Technologie, kurz: das Ende der Arbeit. Kein amerikanischer Workaholic kann sich vorstellen, daß die Arbeit einmal überflüssig werden könnte. Sollte dies aber tatsächlich eintreten, würde das einen größeren Bedarf an sozialem Schutz und Einkommensumverteilung im 21. Jahrhundert bedeuten.

Finanzielle Probleme

Dieser größere Bedarf steht in direktem Gegensatz zu der heutigen und wahrscheinlich auch zukünftigen Haushaltslage in fast allen entwickelten Ländern. Das unmittelbare Problem in der EU besteht darin, die beträchtlichen Haushaltsdefizite auf beherrschbare Niveaus zu senken, die denen des Vertrages von Maastricht entsprechen oder darunter liegen. Der zunehmende Anteil der Bevölkerung, der über 60 oder über 65 Jahre alt ist, wird zu einer größeren Nachfrage nach Sozialversicherungsleistungen nach dem Quellen-abzugsverfahren führen. Die niedrige Zahl der Erwerbsbevölkerung stellt eine weitere Belastung dar, weil die Zahl der Menschen steigt, die von diesen Leistungen abhängen, und die Zahl derjenigen sinkt, die arbeiten.

Die Kapitalbesteuerung ist heute schwieriger als in der Vergangenheit, als die Staaten wirksamere Mittel dazu in der Hand hatten. Damals gab es auch nur wenige multinationale Unternehmen, und der Welthandel spielte eine geringere Rolle als heute. Eine stärkere Besteuerung der Erwerbsbevölkerung in einer Zeit, wo das Wirtschaftswachstum sich nur schleppend entwickelt und die Realeinkommen nur mäßig wachsen - viele Arbeitnehmer in den USA mußten sogar Einbußen hinnehmen - ist ebensowenig attraktiv. Das gilt insbesondere dann, wenn die Empfänger von Sozialleistungen Einwanderer sind, die mit den weniger qualifizierten einheimischen Arbeitskräften konkurrieren und mit zum Nettodefizit in den Staatshaushalten beitragen.

Zwar steht kein traditioneller Sozialstaat (mit Ausnahme Schwedens, bevor es in eine Wirtschaftskrise geriet) vor dem finanziellen Ruin, aber ebensowenig wird die Lösung für die Finanzierung der Sozialausgaben quasi vom Himmel fallen (Norwegen mit seinen Ölquellen bildet wiederum eine Ausnahme).

Eine tiefe Rezession würde überall in der EU große Probleme für die heutigen Sozialstaatssysteme schaffen. In einer Welt raschen Wirtschaftswachstums und günstiger Marktentwicklungen für die weniger qualifizierten Arbeitskräfte stellte der Sozialstaat großzügige Leistungen für Arbeitnehmer zur Verfügung, die während des Konjunkturzyklus in Schwierigkeiten gerieten und leitete die Verteilung des Zuwachses beim Bruttoinlandsprodukt zu den Armen. Er kann jedoch unter den Bedingungen eines lang anhaltenden mäßigen Wirtschaftswachstums keine großzügigen Leistungen an eine große, nicht erwerbstätige Bevölkerung bieten.

Probleme der Wirtschaftspolitik

Gestützt auf die Erfahrung in Schweden hat Lindbeck argumentiert, daß der starke Sozialstaat zu einer großen Abhängigkeit vom Staat und zu einer Dynamik führt, die es schwer macht, Leistungen zu kürzen, selbst wenn sie einer wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse nicht standhalten. Gestützt auf die Situation in den USA sehe ich das Gegenteil: eine sinkende politische Unterstützung für Programme, die das Einkommen an die Armen, insbesondere an arme Kinder umverteilen, selbst wenn die Durchschnittseinkommen stagnieren und das soziale Gefälle zunimmt.

Wirtschaftspolitik ist ein schwieriges Terrain, und man ist nie sicher, ob die Wähler nicht plötzlich einen anderen Weg einschlagen. Der Trend zu weniger progressiven Einkommensteuern und „Reformen“ nach dem Vorbild von Thatcher überall im Westen haben viele Wirtschaftswissenschaftler zu der Schlußfolgerung veranlaßt, daß die Unterstützung für traditionelle Sozialstaatslösungen sich mit dem Wind und nicht gegen den Wind der Marktentwicklungen ändert. Tatsächlich versuchen immer mehr Untersuchungen zu erklären, weshalb sozialer Schutz und Umverteilung gerade dann weniger

attraktiv werden, wenn sie am meisten gebraucht werden. Diese Analysen verweisen auf eine Aushöhlung der Unterstützung für den traditionellen Sozialstaat und durch Steuern finanzierte Ausgabenpolitik in den meisten entwickelten Ländern. Ich bezweifle allerdings, daß diese Einschätzung zutrifft.

Herumbasteln am Sozialstaat

Die Finanzprobleme der EU-Länder mit einem ausgeprägten Sozialstaat bestehen darin, aus einem wahrscheinlich abnehmenden Anteil des Staates am Volkseinkommen die Mittel für den Schutz und die Umverteilung zu entnehmen, die erforderlich sind, um den „Kampf der EU gegen die Armut“ erfolgreich fortzusetzen. Wenn es nicht zu einer tiefgreifenden Rezession kommt, sollte es den meisten Ländern gelingen, ihr Haushaltsdefizit zu senken, um Mitglied der Wirtschafts- und Währungsunion zu werden, ohne dem Sozialschutz und der Umverteilung zu schaden. Technische Anpassungen des BIP, die von nationalen Einkommensstatistikern vor einigen Jahren geplant wurden, können diesen Prozeß unterstützen, indem das BIP des Dienstleistungssektors erhöht, das Haushaltsdefizit/die Staatsverschuldung in bezug auf das BIP verringert und der Druck auf eine Kürzung der Sozialprogramme gesenkt wird.

Einige der Politiken, die die europäischen Regierungen verfolgt haben, drohen jedoch, in Zukunft Schwierigkeiten für das System des sozialen Schutzes zu verursachen. Der Vorruhestand, durch den Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen werden sollen, ist meiner Meinung nach besonders problematisch, weil es sich dabei um eine kurzsichtige Maßnahme handelt, die die Finanzprobleme der Sozialversicherungssysteme nach dem Quellenabzugsverfahren, die durch die Überalterung der Erwerbsbevölkerung verursacht werden, noch verschärft. Japan war hier viel vorausschauender, indem es das Rentenalter erhöhte. Selbst die USA, wo die demographische Entwicklung weniger dramatisch ist als in vielen EU-Staaten, haben das Problem der Sozialversicherungssysteme nach dem Quellenabzugsverfahren ernster genommen. Wenn die Personen, die einen Arbeitsplatz besitzen, ersetzt werden, werden dadurch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Darin aber liegt das Problem Europas.

Einige Länder, darunter die skandinavischen, haben beträchtliche Schritte unternommen, um den Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und eine ausgewogenere Verteilung der Arbeitszeit zwischen den Ehepartnern zu fördern. Der große Erfolg der USA bestand darin, Frauen den Zugang zur Vollzeitarbeit zu erleichtern. Das gesamte Beschäftigungswachstum in bezug auf die Bevölkerung war dort in den letzten 25 Jahren bei den Frauen zu verzeichnen. Wenn die EU-Länder wirklich die Absicht haben, die Beschäftigung zu erhöhen, müssen sie die sozialen Vorkehrungen treffen, um den Zugang der Frauen zur Beschäftigung sowie ihre Karrieremöglichkeiten zu verbessern.

Aber selbst wenn ein behutsames Vorgehen in naher Zukunft den sozialen Schutz aufrechterhalten könnte, so befürchte ich doch, daß ein abgespekter traditioneller Sozialstaat in einer weit zunehmender Unbeständigkeit und vom Markt verursachter Ungleichheit immer uneffizienter wird. Die Erfahrungen in den USA läßt darauf schließen, daß ein Sozialstaat, der angesichts zunehmender Probleme immer weniger leistet, an Unterstützung verliert da seine Gegner auf eben diese Unfähigkeit verweisen. Sobald wir den Weg sinkenden oder unzureichenden sozialen Schutzes betreten, laufen wir Gefahr, auf abschüssiges Gelände zu geraten. Meine Sorge stützt sich wiederum auf die Erfahrungen in den USA (vielleicht bin ich zu sehr beeinflusst von der Politik der Clinton-Regierung) - auch wenn sie vielleicht weniger relevant für die EU-Staaten sind, wo die Bevölkerung einer Politik des sozialen Ausgleichs mehr Bedeutung beimißt als jene in den Vereinigten Staaten.

Wenn er richtig umgesetzt wird, kann ein Rückzug von den „Exzessen“ des Sozialstaates zu einem stabilen und guten Endergebnis führen. Das meinen zumindest viele europäische Konservative, die in der politischen Debatte in den USA ganz links angesiedelt wären. Auch ich habe mich dafür ausgesprochen, den großen Erfolg des schwedischen Sozialstaates zu erhalten.

Unterlassungsfehler des traditionellen Sozialstaates?

Es gibt ein starkes Argument gegen viele soziale Leistungen und Umverteilungspläne. Immer wenn wir in den Markt eingreifen, ändern wir Anreize, so daß sich das Verhalten der Menschen ändert. Diese Verhaltensänderungen haben einen wirtschaftlichen Preis. Ein Steuer- und Transfersystem hat negative Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, oft in Form von Versuchen, oft dadurch, daß eine Armutsfalle entsteht. Ein effizientes Umverteilungssystem, minimiert die Kosten für bestimmte Transferleistungen. So können sozialer Schutz oder bestimmte Leistungen von Arbeit abhängig gemacht werden, wie es im schwedischen Sozialstaat der Fall war. Aber kein System kann diese Kosten umgehen, die von Konservativen als sehr hoch eingeschätzt werden. Die Befürworter des Sozialstaates betrachten sie dagegen als niedrig. Wirtschaftswissenschaftler haben keine Nachweise dafür gefunden, daß die Betroffenen stark darauf reagieren. Zwar verleitet Arbeitslosengeld die Menschen dazu, länger arbeitslos zu bleiben, aber die Arbeitslosigkeit wird dadurch nicht wesentlich verlängert. Die Kosten können aber im Vergleich zum Nutzen sehr hoch sein.

Die konservative Kritik verweist auf einen wichtigen Schwachpunkt des sozialstaatlichen Ansatzes bei der Verbesserung der sozialen Situation in der Marktwirtschaft. Die traditionellen Sozialstaaten sehen die ursprüngliche Verteilung des Kapitals im wesentlichen für gegeben an und versuchen, die Situation durch Steuern und Transfers zu verbessern. Diese Steuern und Transfers greifen in die Märkte ein, machen die Märkte weniger effizient und unterwerfen außerdem den Umverteilungsprozeß den Launen der Politik. Sie umgehen das wirklich große Problem des Kapitalismus (zumindest aus der

Sicht derjenigen, die sich mit dem sozialen Gefalle und dem Wohlergehen der Durchschnittsbürger beschäftigen), daß dieses ursprüngliche Vermögen selbst ungleich verteilt ist.

Vermögensumverteilungspolitik für ein neues Jahrhundert?

Hätten wir die Möglichkeit, mit dem demokratischen Kapitalismus völlig neu zu beginnen und reinen Tisch zu machen, würden wir das Eigentum an dem bestehenden Vermögen natürlich gleichmäßig unter der Bevölkerung verteilen (so wie die Osteuropäer und die Russen es bei ihren zahlreichen Privatisierungsprojekten versucht haben). Geben wir also allen einen Gutschein für Bildung oder Ausbildung oder für eine Investition in materielle Vermögenswerte, und lassen wir sie auf dem Markt konkurrieren. In diesem Wettbewerb würden einige durch Können, Glück oder Fleiß wohlhabend werden und andere arm. Für letztere würden wir ein Sicherheitsnetz benötigen. Das wäre aber nur eine Notlösung. Die Logik des Kapitalismus besteht darin, daß die beste Möglichkeit zur Begrenzung der Ungleichheit und zur Gewährleistung der Sozialversicherung die faire Verteilung der materiellen Vermögenswerte und des Humankapitals ist. indem der Staat den Bürgern nicht durch Steuern und Transfers ein garantiertes Einkommen gibt, sondern diese Eigentum an Vermögen erhalten. Wenn im Produktionsbereich der entwickelten Volkswirtschaften eine weitreichende Verlagerung von den „Arbeitskräften“ zum Kapital hin stattfindet, sei es Humankapital oder seien es materielle Vermögenswerte, würde das große Problem des sozialen Schutzes im nächsten Jahrhundert darin bestehen, Menschen mit wenig Humankapital oder mit geringen materiellen Vermögenswerten einen würdigen Lebensstandard zu garantieren. Die einzige Lösung besteht also darin, Vermögen umzuverteilen, das Einkommen schafft.

Was das sogenannte Humankapital angeht, so ist jeder für Bildung und Ausbildung. Aber auch hier müssen die Kosten gegen den Nutzen abgewogen und entschieden werden, auf welcher Ebene die zusätzlichen Ressourcen eingesetzt werden. Europa war im Gegensatz zu den USA langsamer bei der Entwicklung der für alle offenen Universitätsbildung, aber die Zahl der Studenten ist beträchtlich gestiegen. Bei der Berufsausbildung steht Deutschland mit dem dualen Ausbildungssystem besser da als die USA. In vielen Ländern wird eine kostenlose Universitätsausbildung als Bürgerrecht betrachtet, wodurch das Problem entsteht, daß die weniger gebildeten Menschen Steuern zur Finanzierung des Universitätsstudiums für zukünftige Spitzenverdiener zahlen. Eine progressive Besteuerung führt zu einer gewissen Rückzahlung, aber vielleicht sollten mehr Länder über spätere Steuerzuschläge für diejenigen nachdenken, die in ihrer Jugend in den Genuß einer subventionierten Bildung gekommen sind. Australien ist diesen Weg gegangen.

Das Problem besteht darin, daß nicht alle Menschen soviel Humankapital anhäufen können. Einigen von uns fallen Schule und Ausbildung leicht, anderen nicht. Es ist also erforderlich, das Eigentum an Kapital auszuweiten.

Hier kann Europa von den USA lernen, wo es eine zunehmende Zahl von Beschäftigten gibt, die Aktien ihrer Unternehmen besitzen (United Airlines ist nur ein Beispiel)- Dort wird darüber nachgedacht, wie der Aktienerwerb durch Arbeitnehmer gefördert werden und wie eine stärkere Gewinnbeteiligung erreicht werden kann. In den USA gibt es große private Pensionsfonds, die das BIP der EU-Staaten um das Doppelte übertreffen. Man stelle sich vor, daß sich die Bürger an einem Treuhandfonds auf der Grundlage von Obligationen oder Aktien beteiligen, dessen Erträge ihre sozialen Transfers darstellen, anstatt das Versprechen auf sozialen Schutz zu erhalten, das vom politischen System abhängt. Wenn jeder Bürger ein gewisses Kapitalvermögen erhielte, wären die inkompetenten Armen den inkompetenten Reichen ähnlich: sie hätten ein Einkommen aus Vermögen, das ihnen ein Leben auf einem Mindestniveau ermöglichen würde, ohne auf Einkommenstransfers angewiesen zu sein. Die „Umverteilung“ des Staates würde zu einer Kapitalverteilung führen, die das Eigentum an Vermögen auf den größten Teil der Gesellschaft ausweitet.

Es bleiben wichtige Fragen beim Entwurf eines Umverteilungssystems auf der Grundlage des Vermögens: von den genauen Dimensionen solcher Konten und ihrer Finanzierung bis zum Vertrauensschutz, der erforderlich ist sowie der Geschwindigkeit, in der diese Art sozialer Finanzierung traditionelle Ansprüche ergänzen oder ersetzen kann. Ich weiß nicht, wie dies im Detail aussehen könnte. Der erste Schritt in Richtung hin auf eine neue Sozialpolitik bestünde darin, eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen zu entwickeln und zu prüfen, wie diese zusammenpassen. Was mir logisch erscheint, mag anderen verrückt erscheinen. Meine linken Freunde nennen eine Vermögensumverteilung einen auf Eigentum basierenden Sozialismus. Meine rechten Freunde nennen sie Bürgerkapitalismus. Ich jedenfalls glaube, daß eine Vermögensumverteilung, gekoppelt mit den zu Eigenverantwortung führenden Möglichkeiten des Marktes in einer auf Privatkapital basierenden Gesellschaft, sinnvoller ist als auf Steuereinnahmen basierende Transfers und Versicherungen. Eine Vermögensumverteilung (nachdem sie den größten Teil des Sozialstaates ersetzt hat) würde den Benachteiligten ein Grundeinkommen garantieren, ohne sie vom Staat abhängig zu machen.

Wenn die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts mehr Unsicherheit und Risiken für Arbeitnehmer bei anhaltend hohen Erträgen aus materiellen Anlagen und Humankapital mit sich bringt, dann besteht die Lösung darin, die Arbeitnehmer in Kapitalisten zu verwandeln. Der Satz eines Liedes aus Finian's Rainbow verdeutlicht diesen Sachverhalt sehr gut: „Wenn ein reicher Mann nicht arbeitet, ist er ein Lebemann, aber wenn ein armer Mann nicht arbeitet, ist er ein Müßiggänger, ein Faulpelz, ein Nichtsnutz - ein übler Kerl.“ Ein bißchen Vermögensumverteilung, und wir können alle *Lebemänner* an Stelle von üblen Kerlen sein ... zumindest ein bißchen.